

Demütigung ist an der Tagesordnung

Flüchtlinge kämpfen mit Bürokratie, Diskriminierung und mangelnden Sprachkenntnissen / Unterstützer brauchen langen Atem

VON MAREN REESE-WINNE

CUXHAVEN. „Hell, warm, trocken und satt“ – das genüge nicht, um Asylbewerber zufriedenstellend unterzubringen, dieses Zitat von Ulrich Maly, Präsident des Deutschen Städtetags, kursierte in den vergangenen Wochen in den Medien. Wie sieht es vor der Haustür aus? Von teils entwürdigenden Zuständen und Erlebnissen berichten Virginia Stüben und Anna Empt aus dem Cuxhavener Verein Arbeitskreis Asyl.

Selbst viele der Ehrenamtlichen, die Flüchtlinge zum Teil seit Jahren begleiteten, hätten inzwischen die Segel gestrichen, weil die Tätigkeit zu belastend geworden sei. Kampf mit der Bürokratie, offene rassistische Angriffe, mangelnde Sprachkenntnisse und fehlende Struktur im Tagesablauf sind für viele Asylbewerber Alltag.

„Dass die Flüchtlinge in Wohnungen und nicht in Sammellagern untergebracht werden, ist schon mal gut“, sagen die Ehrenamtlichen. Sehr ungünstig aber sei, wenn gerade allein geflüchtete Männer zu zweit, in Einzelfällen sogar zu viert in einem Zimmer untergebracht würden. „Wenn so etwas jahrelang andauert, lässt das einen krank werden.“

Sorge bereitet ihnen insbesondere die Situation mehrerer kranker Männer – von dialysepflichtig bis krebskrank. „Wir haben die Genehmigung bekommen, für die drei Kranken eine Dreizimmerwohnung zu suchen, wenn Quadratmeterzahl und Höchstmietbetrag eingehalten werden, aber die Kautions übernimmt der Landkreis nicht.“

Wie bei Razzia

Noch schlimmer sind für die beiden aber die Drangsalierungen seitens der Behörden: „Da wird um 8 Uhr geklingelt, die Landkreis-Mitarbeiter kommen rein, öffnen Schränke, stellen Fragen. Unsere Leute werden da abgekanzelt. Die zittern, weil sie nicht wissen, was passiert.“ Vor lauter Aufregung verstünden die, die es ei-



Virginia Stüben und Anna Empt (r.) engagieren sich im Arbeitskreis Asyl e.V. und sind oft fassungslos über den Ton, der den Flüchtlingen entgegenschlägt und unter welchen Bedingungen diese leben: „Da würde jeder irre werden.“

Foto: Reese-Winne

gentlich könnten, in der Situation nicht einmal mehr Englisch. „Da wird in Taschen geguckt, Schränke geöffnet, fotografiert. Der größte Skandal ist, dass bei einem schwer Traumatisierten Privatunterlagen fotografiert und an andere Behörden weitergeleitet worden sind.“

Für den Arbeitskreis eine nicht zunehmende Verletzung der Privatsphäre und des Datenschutzes, auch wenn der Landkreis die Wohnungen als seine betrachte.

Privatsphäre respektieren

Diese Vorkommnisse haben sie bei einem Treffen im Aktionszentrum in der Bernhardstraße dem für Willkommenskultur und Unterbringung zuständigen Dezenten Friedhelm Ottens berichtet, der unserer Zeitung gegenüber ganz klar sagt: Es muss so laufen, dass geklingelt und die Wohnung nur betreten wird, wenn auch geöffnet wird. Während die Besichtigung der Gemeinschaftsräume gerechtfertigt sei – auch, um zu schauen, wo Unterstützung gebraucht wird – seien die Schlafräume außen vor

zu lassen. Er bestätigt auch, dass es nicht immer möglich ist, jeden in einem eigenen Zimmer unterzubringen.

„Wenn erst noch Wohnungen für neue Flüchtlinge hergerichtet werden müssen, kann es passieren, dass andere zusammengelegt werden.“ Dies sollte sich aber möglichst auf wenige Tage oder Wochen beschränken.

Die Aktiven im Arbeitskreis sehen die Ansätze des Dezernenten, „aber es braucht wohl Zeit, um uralte Strukturen zu durchbrechen, nach denen seit Jahrzehnten gearbeitet wird“. „Vieles ist Willkür“, findet Anna Empt: „Ich rufe an und sage, dass in einer Unterkunft seit Wochen kein Licht mehr ist, da wird mir gesagt, die Leute sollten selbst vorbeikommen. Und das aus Nordholz mit einem klapprigen Fahrrad.“

„Nicht jeder ein Feind“

Dringend wünschen sich Virginia Stüben – abgeklärt nach 30 Jahren dieser Arbeit – und Anna Empt, die vor noch nicht allzu langer Zeit hinzugekommen ist, mehr Chancen für die Zuwanderer, sich

wirklich zu integrieren. „Man darf nicht jeden, der kommt, als potenziellen Feind sehen.“

Ein Riesen-Hindernis sind mangelnde Sprachkenntnisse. Asylsuchende und Geduldete waren Integrationskurse lange versperrt. Auf Vorstoß der Bundesländer (Bayern preschte gar vor und zahlt die Sprachkurse bis zu einer bundesweiten Regelung selbst) soll das geändert werden.

Wo es ehrenamtliche Angebote gibt, die die Wartezeit bis zu einem offiziellen Sprachkurs überbrücken, zeigt sich der Erfolg umgehend: „Man kann zusehen, wie die Menschen aufleben.“ Parallel zum Lernen lernen sich die Menschen kennen und schaffen es, trotz eigener Belastung ein Ohr für andere zu haben.

Vor allem bekommt der Tag eine Struktur, denn darin besteht ein großes Problem, wenn nicht gearbeitet werden darf. „Zum Nichtstun verurteilt zu sein, heißt zu verkommen“, schildert Virginia Stüben. Besonders schwer sei es bei Unterbringung in weit entfernten Gegenden ohne nennenswerte Busverbindungen. Wenn

erst einmal der Anlass zum Aufstehen fehle, blieben andere Probleme nicht aus, zumal viele der Leute erhebliche Belastungen mit sich herumtrügen.

Selbst Fachkräfte dürften jahrelang allenfalls in Ein-Euro-Jobs – von denen nicht immer genug da seien – arbeiten. „Studierte Leute haben fünf Jahre Müllsammeln vor sich.“ Die Frist, bis eine Arbeit aufgenommen werden darf, soll im kommenden Jahr deutlich gesenkt werden: Von vier Jahre auf 15 Monate.

Vorstoß bei Sprachkursen

Friedhelm Ottens sagt jedem, der einen Ein-Euro-Job sucht, Unterstützung zu. Auch der Landkreis stelle entsprechende Einsatzstellen bereit. In Sachen Sprachkurse will er die beteiligten Stellen an einen Tisch holen, damit Kurse so früh wie möglich absolviert werden können.

Geschockt ist Anna Empt über offene Diskriminierung, die einigen Asylbewerbern in einer Landkreisgemeinde entgegenschlug: Als „Neger“ und „Sklaven“ verhöhnt, seien sie nicht mehr in der Lage gewesen, ihren Ein-Euro-Job zu erfüllen. „Da wurde ihnen gleich die Leistung gekürzt.“

Willkommenskultur

„Die Willkommenskultur soll zu Taten werden“, wünscht sich die Abordnung des Arbeitskreises Asyl und meint damit nicht nur die Politik. Die Frauen nennen Beispiele: „Patenschaften“ übernehmen, Hilfe und Gespräche anbieten, zu Ämtern begleiten, Kontakt zu den Nachbarn aufnehmen – „alles, was die Isolation durchbricht“. „Vielleicht können sich auch Privatleute entschließen, Wohnraum an Flüchtlinge zu vermieten. Der Arbeitskreis würde gerne als Mittler zur Verfügung stehen.“ Dringend nötig, so Anna Empt, sei auch ein Möbellager, bei dem die Dinge nichts oder nur sehr wenig kosten: „Zu viele Sachen, die noch gut sind, werden weggeworfen.“